

öffentlich

Amt 10 10/gr

Datum	Drucksachen Nr.
23.03.2009	13/2009

Beratungsergebnis

Beratungsfolge	Termin	TOP	Einst.	Ja	Nein	Enth.	Bemerkungen
Rat	01.04.2009						

Betreff:

Resolution: Gemeinsamer Wahltermin für Kommunal- und Bundestagswahl 2009 am 27.09.2009 - Antrag der GAL-Fraktion vom 09.03.2009

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt beschließt die nachfolgende Resolution:

„Der Rat der Kreisstadt Steinfurt spricht sich dafür aus, die Kommunalwahl gleichzeitig mit der Bundestagswahl 2009 am 27.09.2009 stattfinden zu lassen.

Sollte es bei dem von der Landesregierung gegenwärtig geplanten Termin für die Kommunalwahl - 30.08.2009 - bleiben, verlangt der Rat der Kreisstadt Steinfurt einen Ersatz der zusätzlich entstehenden Kosten durch das Land Nordrhein-Westfalen.“

Sachdarstellung:

Es wird auf den Antrag der GAL-Fraktion vom 09.03.2009 (Anlage 1) verwiesen. Die FWS-Fraktion hat mit Schreiben vom 11.03.2009 (Anlage 2) ihre Zustimmung zu dem Antrag erklärt. Mit Schreiben vom 10.03.2009 (Anlage 3) habe ich den Ministerpräsidenten des Landes NRW bereits gebeten, den Beschluss der Regierungskoalition nochmals zu überdenken und im Interesse der nordrhein-westfälischen Kommunen die Kommunalwahl mit der Bundestagswahl zusammenzulegen.

Die Kosten einer Wahl in Steinfurt wurden letztmalig bei der Landtagswahl 2005 überschlägig mit ca. 30.000 € ermittelt. Davon entfielen ca. 13.000 € auf Porto, Vordrucke, Erfrischungsgeld, Bekanntmachungen etc.. Ca. 17.000 € entfielen auf Personalaufwand für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl. Davon wiederum entfielen ca. 4.500 € auf Leistungen durch das Baubetriebsamt für das Reinigen, Aufstellen und Abbauen der

Wahltafeln. Es ist davon auszugehen, dass bei einer Europawahl in etwa gleich hohe Kosten entstehen werden. Bei der Kommunalwahl dürften die Kosten etwas höher liegen. Allerdings fällt die Leistung des Baubetriebsamtes nur einmal für die drei Wahlen in 2009 an.

Die Wahlkostenerstattung für die Europawahl lag 2004 bei ca. 18.800 €. Für die Kommunalwahl (Kreiswahl) 2004 bei ca. 12.300 €.

Die zusätzlichen Kosten können im Umkehrschluss daraus ermittelt werden, welche Einsparungen sich durch die Zusammenlegung der Wahltermine ergeben hätten. Dieses sind konkret: Erfrischungsgeld für nur einen Wahltag (ca. 3.100 €) Nur einmalige Zustellung von Wahlbenachrichtigungskarten (ca. 6.700 €), nur einmaliges Versenden von Briefwahlunterlagen (ca. 1.000 €). Die Einsparung beim Personalaufwand für die Vorbereitung und Durchführung lediglich eines Wahltermins belaufen sich auf ca. 13.500 €, die jedoch nicht haushaltsrelevant sind.

Umweltrelevanz:

☒ ist nicht vorhanden. ☐ ist vorhanden.

Die Ziele der Leitbilder „Seniorenpolitik der Kreisstadt Steinfurt“ und „kinder- und jugendfreundliche Kreisstadt Steinfurt“

☒ werden nicht beeinflusst. ☐ werden positiv beeinflusst. ☐ werden negativ beeinflusst.

Haushaltsrechtliche Auswirkungen:

☐ Keine

☒ Die Maßnahme ist bei der HHST 05200.65600 (Kosten für Wahlen) mit 22.000 € veranschlagt.

☐ Die Maßnahme ist bisher nicht veranschlagt.

☐ Für diese Maßnahme werden über-/außerplanmäßige Mittel in Höhe von _____ € veranschlagt,

☐ die Finanzierung erfolgt durch:

☐ Mehreinnahmen in Höhe von _____ € bei HHST _____.

☐ Ausgabeeinsparungen in Höhe von _____ € bei HHST _____.

Folgekosten:

☐ Es entstehen keine Folgekosten.

☐ Es entstehen jährliche Folgekosten in Höhe von _____ €, die

☐ im Finanzplan enthalten sind. ☐ nicht im Finanzplan enthalten sind

Finanzierungsvorschlag:

Vergaben-Vorlagen:

☐ Das RPA wurde beteiligt. / ☐ Das RPA wurde nicht beteiligt.

gez. A. Hoge

(Bürgermeister)